



### **Mehrheitlicher Beschluss des 67. Kreisparteitages am 27.10.2014 in Neukirchen-Vluyn 2 Enthaltungen**

## **TTIP: Brücke in die Zukunft – Gut für den Kreis Wesel**

**Der Kreisparteitag unterstützt die Verhandlungen und den Abschluss des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP zwischen den USA und der EU, um die Position des Wirtschaftsstandortes Deutschland und des Kreises Wesel im weltweiten Wettbewerb zu stärken und die sich mit TTIP bietenden Chancen zu nutzen. Der Kreisparteitag begrüßt den vom Kreistag dazu gefassten Beschluss.**

### Antragsbegründung:

Das Transatlantische Freihandelsabkommen ist ein Abkommen, mit dem eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) geschaffen werden soll. Es wird derzeit zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) ausgehandelt.

Ziel von TTIP ist der Abbau von Handelsbarrieren zwischen Europa und den USA. Hierzu ist der **Abbau von Zöllen und bürokratischen Hürden, unnötigen Doppelregulierungen und Investitionsbeschränkungen** in möglichst vielen Wirtschaftszweigen vorgesehen. Im Bereich der Zukunftstechnologien sollen durch die **Entwicklung gemeinsamer Standards** bestmögliche Rahmenbedingungen für Innovationen bei **Gewährleistung hoher Schutzstandards** geschaffen werden. Es soll eine bessere Zusammenarbeit bei technischen Vorschriften und Normen in allen wesentlichen Wirtschafts- und Industriezweigen geben. Darüber hinaus wollen sich EU und USA dazu verpflichten, den jeweiligen Partner bei neuen Regulierungen frühzeitig zu informieren und zu konsultieren, damit neue **Handelshürden zukünftig nicht entstehen** können. Zudem sollen Unternehmen der beteiligten Länder im jeweils anderen Wirtschaftsgebiet leichter investieren können. Dabei bleibt die gesetzgeberische Souveränität der EU und der USA unangetastet.

Durch TTIP wird der Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und den USA vereinfacht und günstiger. Das ist vor allem für Deutschland als Exportnation von Vorteil. Wirtschaftsexperten erwarten durch den Abschluss von TTIP eine Zunahme der jährlichen Wirtschaftskraft von 119 Mrd. € oder 0,9 Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes.

Das Freihandelsabkommen eröffnet damit neue Absatzmärkte für deutsche Unternehmen in den USA. Durch die Erschließung neuer Märkte und mehr Absatz können durch TTIP nicht nur in Deutschland, sondern auch vor Ort im Kreis Wesel neue Arbeitsplätze entstehen. Zum einen weil deutsche Unternehmen, vor allem der Mittelstand – der Stütze der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ist – mehr exportieren können. Zum anderem, weil auch US-Unternehmen verstärkt in Deutschland investieren würden.

bitte wenden:

Der Mittelstand profitiert außerdem auch durch den mit TTIP verbundenen Vereinfachungen von Regulierungen und Standards. Denn verglichen mit Großunternehmen leiden kleinere und mittlere Unternehmen besonders an den bürokratischen Kosten unterschiedlicher Standards.

Hinzu kommt, dass TTIP auch unmittelbare Vorteile für die Bürger/innen bietet. Dazu zählen neben den neuen und besseren Arbeitsplätzen auch niedrigere Preise, höhere Produktvielfalt und steigende Reallöhne.

Das Freihandelsabkommen der EU mit den USA, ist zurzeit in aller Munde. Die Diskussion der TTIP-Gegner wird nicht mehr nur sachlich geführt, sondern Tatsachen werden falsch dargestellt. Insbesondere auch bei den Themen, die die Gebietskörperschaften wie den Kreis Wesel betreffen.

Es entsteht der Eindruck, die USA würden der EU ihre Standards diktieren. Dem ist aber nicht so, denn die EU, die mehr als 500 Millionen Bürger repräsentiert und den stärksten Wirtschaftsraum der Welt darstellt, verhandelt auf Augenhöhe mit den USA und verfolgt drei große Ziele: Zölle abzubauen, Standards, die ein ähnliches Maß an Schutz darstellen, anzugleichen und Investitionen zu erleichtern. Es geht bei diesem Abkommen in keiner Weise darum, Standards abzusenken.

So sind die Sorgen, dass TTIP die hohen EU-Standards hinsichtlich des Verbraucherschutzes gefährdet, unbegründet. Weder beim Verbraucherschutz noch bei Umwelt- und Datenschutz oder bei der Nahrungsmittelsicherheit wird die CDU zulassen, dass die deutschen und europäischen Standards abgesenkt werden.

Klar ist aber auch, dass das geplante Freihandelsabkommen wesentliche kommunale Interessen wie die Wasserversorgung, das Rettungswesen und die interkommunale Zusammenarbeit berührt. Deshalb muss das kürzlich beschlossene Europäische Vergabe- und Konzessionsrecht auch zukünftig Bestand haben.

Hinsichtlich der Befürchtung, dass die kommunale Daseinsfürsorge unter Liberalisierungsdruck gerät, wird auf das klare Bekenntnis zur Bedeutung der Daseinsvorsorge, der Wichtigkeit des Subsidiaritätsprinzips und somit der Gestaltungshoheit der Kommunen bei der Daseinsvorsorge seitens der Bundesregierung im Koalitionsvertrag hingewiesen.

Zudem darf nicht vergessen werden, dass das finale Verhandlungsergebnis sowohl vom Europäischen Parlament, als auch von den Mitgliedstaaten angenommen werden muss. Somit wird nichts beschlossen, bevor das Ergebnis vom Europäischen Parlament und von den Mitgliedstaaten intensiv geprüft und öffentlich diskutiert wurde.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Freihandelsabkommen von großer Bedeutung für Europa und die USA ist. Das gilt besonders für die Exportnation Deutschland. Es wirkt wie ein Konjunkturprogramm für mehr Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze. Mit ihm haben Deutschland wie auch der Kreis Wesel im weltweiten Wettbewerb die Chance, auch künftig die entscheidenden Handelsvorschriften zu setzen und die hohen Standards zum Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz in weiteren, internationalen Handelsabkommen durchzusetzen. Die CDU wird dafür sorgen, dass wir Deutschen die Chancen auf mehr Wachstum und Arbeitsplätze nutzen und zugleich unseren hohen Standards Geltung verschaffen können.